

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/954

DGB Bezirk Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg

An den  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Sozialausschuss  
Frau Petra Tschanter  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Abteilung  
Sozialpolitik

Unsere Zeichen

Alt+E+N

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund**

**Bezirk Nord**

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg

Telefon: 040 / 28 58-218/219  
Telefax: 040/2858-229

**Gabriele Wegner**  
e-mail: gabriele.wegner@dgb.de

Mitarbeiterin  
Annelie Bruck  
email: annelie.bruck @dgb.de

Datum  
18.03.13  
*Bitte Datum sechsstellig lassen!*

**Duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein ermöglichen  
Stellungnahme zu den Anträgen der Fraktionen von CDU und PIRATEN – Drs. 18/374  
– und der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des  
SSW – Drs. 18/412**

Sehr geehrte Frau Tschanter,

für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den oben aufgeführten Anträgen der  
Landtagsfraktionen danke ich Ihnen herzlich und übermittele Ihnen nachfolgend  
unsere Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen



Sie erreichen uns ab Hbf Hamburg zu Fuß  
direkt gegenüber dem ZOB-Bahnhof  
ab Flughafen Hamburg mit dem Bus Jasper bis zur Kirchenallee

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Material

**DGB Bezirk Nord, Abteilung Sozialpolitik**

**Duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein ermöglichen**  
**Stellungnahme zu den Anträgen der Fraktionen von CDU und PIRATEN – Drs. 18/374**  
**– und der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des**  
**SSW – Drs. 18/412**

Der DGB Nord setzt sich seit langem für die Verbesserung der Situation sowohl der zu Pflegenden als gerade auch der in den Pflegeberufen Beschäftigten ein. In diesem Zusammenhang werden die vielfach – auch in den Stellungnahmen zu den o.g. Anträgen – geäußerten Befürchtungen, dass die Folgen des demografischen Wandels sich in der Pflege schon heute massiv sichtbar werden, von uns geteilt.

Anders als andere Branchen leidet der Pflegebereich schon heute unter einem spürbaren Fachkräftemangel. Die Ursachen dafür sind vielfältig und teilweise auch hausgemacht. Zu lange wurde auch von der schleswig-holsteinischen Landespolitik versäumt, hier mit geeigneten Mitteln gegen zu steuern. Deshalb haben wir die Aufstockung der vom Land finanzierten Schulplätze für die dreijährige Ausbildung in der Altenpflege durch die neue Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

Die Ausbildung von qualifizierten Pflegekräften ist ein wichtiger Aspekt bei der dringend notwendigen Aufwertung der Pflegeberufe in unserer Gesellschaft. Von daher begrüßen wir auch die Initiative der Landtagsfraktionen, mit der die Landesregierung aufgefordert werden soll, zeitnah ein Konzept für die Umsetzung eines dualen Pflegestudiums auch in Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. Die Idee eines berufsbegleitenden Studiums ist gerade für die Bereiche Kinder-, Alten- und Krankenpflege aus unserer Sicht der richtige Weg, weil die Absolventen damit von vornherein unmittelbar an der Praxis arbeiten und studieren.

Bei der Umsetzung eines solchen Konzept sollten aus gewerkschaftlicher Sicht jedoch einige Eckpunkte beachtet werden:

Zum einen sollte sichergestellt sein, dass die Abschlüsse auch in anderen Bundesländern anerkannt werden. Es gibt in einigen anderen Bundesländern bereits Pflegestudiengänge. Die Erfahrungen dieser Länder sollten auch für die Umsetzung und Gestaltung in Schleswig-Holstein genutzt werden. Möglicherweise sind hier auch bundeseinheitliche Vorgaben hilfreich.

Mit der Idee des dualen Pflegestudiums wird auch die Frage nach den Inhalten aufgeworfen und möglichen Schwerpunktsetzungen in der Kranken- oder Altenpflege. Damit stellt sich aber auch die noch offene Diskussion über Veränderungen in der klassischen Pflegeausbildung eröffnet. Auch hier haben die Überlegungen zur zukünftigen Struktur und Ausgestaltung der Pflegeausbildung erst begonnen. Das eine kann möglicherweise ohne das andere nicht zufriedenstellend umgesetzt werden. Erforderlich aus unserer Sicht ist damit ein Gesamtkonzept für die Pflegeausbildung, sowohl für die klassische Ausbildung als auch für die neuen Studiengänge.

Schließlich bleibt die ebenfalls dringend zu diskutierende Frage nach der Zukunft der Helfer- und Assistenzberufe in der Pflege, die von der Entwicklung nicht abgekoppelt werden dürfen, um hier keine Zwei-Klassen-Gesellschaft – auch im Tarifgefüge - zu befördern.

Hamburg, 15. März 2013